

Nötig wäre eine ökologisch-soziale Koalition

Die politische Linke in Deutschland steht vor einer historischen Herausforderung und ist noch nicht darauf vorbereitet, ihr gerecht zu werden. Klar ist, dass die zentrale Aufgabe der nächsten Bundesregierung die Antwort auf die Weltwirtschaftskrise sein wird. So wie nach 1990 die Bewältigung der Wiedervereinigung, 1998 die gesellschaftliche und ökologische Modernisierung, 2002 die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit als zentrale Aufgaben der neuen Bundesregierung im Vordergrund standen, wird die 2009 beginnende Bundesregierung Deutschland und Europa aus der Krise führen und international an einer grundlegenden Neuordnung der Weltwirtschaft mitwirken müssen.

Konkret steht dabei die Beantwortung von drei Fragen an:

- 1) Wie gelingt eine Konversion hin zu einer stabilen Finanzwirtschaft?
- 2) Wer trägt die Lasten der Krise und wie kann eine solidarische Antwort auf Arbeitslosigkeit und Wohlstandsverluste aussehen?
- 3) Wo entstehen Wertschöpfung und Arbeitsplätze, nachdem der kreditfinanzierte Konsum der US-amerikanischen Konsumenten als Motor der Weltwirtschaft ausfällt?

Bei der Frage nach der Neuausrichtung der Finanzwirtschaft scheint im politischen Raum Einigkeit zu herrschen. Alle reden von der Regulierung von Hedgefonds und Ratingagenturen. Doch die entscheidende Frage wird sein, ob es gelingt, die Interessen der Finanz-Branche als dominanten Faktor der politischen Willensbildung zu brechen und dadurch den Zustand zu beenden, dass die Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung an stabilen Finanzmärkten, die brauchbare Dienstleistungen für Kunden und Wirtschaft bereitstellen, bei der Finanzmarktgesetzgebung kontinuierlich ignoriert werden. Diese Wende haben aufgrund von finanzieller Abhängigkeit und persönlicher Verflechtung mit der Finanzwirtschaft weder FDP noch Union vor. Und damit wird es bei einer politischen Mehrheit, die CDU/CSU und/ oder FDP einschließt, höchstens minimale Veränderungen geben, so wie nach jeder bisherigen Krise. Die völlige Aushöhlung des Steueroasen-Bekämpfungsgesetzes durch die Union zeigt, dass eine Koalition, die die Finanzlobby mit an den Verhandlungstisch bringt, keine grundlegende Systemreform an den Finanzmärkten erlaubt. Genau das jedoch steht an. Mit den alten Autoritäten wird dies nicht gelingen. Meines Erachtens dürfte deshalb die einzige politische Konstellation, die einen Neuanfang in der Finanzpolitik hinbekommt, eine ökologisch-soziale Koalition aus SPD, Grünen und Linke sein. Voraussetzung ist allerdings, dass die SPD hier ihre Rolle klärt. Das SPD-geführte Finanzministerium hat sich vor und während der Krise als treuer Vasall der Finanzwirtschaft erwiesen, während einzelne in der Partei und Fraktion die großen anti-kapitalistischen Reden geschwungen haben. Hier muss sich die SPD – und zwar angesichts des kurzen Zeitfensters, in dem national und international eine Neuausrichtung der Finanzmärkte möglich ist, sehr zügig – dafür entscheiden, ihrem eigenen Maiaufruf gegen den „zügellosten Finanzkapitalismus“ zu folgen und sich konsequent auf die Seite der Kunden und nicht mehr der Anbieter zu stellen.

Bei der Frage, wer für die Krisenfolgen zahlt, gibt es eine klare Lagerbildung zwischen Union und FDP einerseits, die mit Steuersenkungsversprechen in den Wahlkampf ziehen, und SPD, Grünen und Linkspartei andererseits, die mit der Ankündigung von Steuererhöhungen von Vermögenden und Spitzenverdienern sowie der Einführung einer Bürgerversicherung zum Ausdruck bringen, dass nicht die Unter- und Mittelschicht über eine Mehrwertsteuererhöhung, Erhöhung der Sozialbeiträge oder Kürzungen bei den Sozialausgaben zur Finanzierung der Krisenlasten herangezogen werden soll. Dies nämlich ist die logische Konsequenz aus der Forderung von schwarz-gelb nach Haushaltskonsolidierung und Steuersenkung.

Die Bundestagswahl wird damit in zentraler Weise eine Abstimmung darüber, wer für die Krise zahlt. Da die jetzige Bundesregierung versucht, zahlreiche schwierige Fragen, insbesondere die zwischen den Parteien der großen Koalition strittige Frage, wer für die Krise zahlen soll, auf die Zeit nach der Bundestagswahl zu verschieben, werden die Koalitionsverhandlungen 2009 der zentrale Ort, an dem darüber entschieden wird, ob es eine solidarische Antwort auf die Krise gibt oder nicht.

Anders sieht es bei der Frage aus, wo in Zukunft Wertschöpfung erfolgen und Arbeitsplätze entstehen sollen. Die verfehlte Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hat uns in eine gefährliche Situation gebracht.

Ein nicht nachhaltiger, kreditfinanzierter Konsum in den USA, aber auch in Spanien, Irland und Großbritannien hat eine aufgeblähte Produktion zum Beispiel von Automobilen ermöglicht, die so nicht weitergehen kann. Wir befinden uns in einem schmerzhaften Anpassungsprozess, der Deutschland als exportabhängiges Land in ganz besonders starker Weise trifft. Kein Konjunkturprogramm der Welt wird das Problem beantworten können, wie in Zukunft die Wertschöpfungsbasis aussehen wird, wo wirtschaftliche Dynamik herkommt. Derzeit wird in den USA der kreditfinanzierte Konsum künstlich durch Konjunkturprogramme aufrechterhalten und vom privaten Konsum in Staatsausgaben verschoben. Das ist zur Milderung der Krise richtig. Mittelfristig wird allerdings ein Anpassungsprozess unvermeidbar sein. Weltweit wird von vielen Experten die Einschätzung geteilt, dass nur eine Umstellung auf eine grüne Wirtschaft, also die systematische Erhöhung der Energie- und Materialeffizienz bis hin zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft neue Basis von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen sein kann. Der UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon sieht in der grünen Wirtschaft die Lösung für die jetzige Wirtschaftskrise. Mit anderen Worten: Gerade die Vermeidung von Umweltschäden wird wesentlicher Wachstumsmotor der nächsten Jahre sein. Dies wird zu recht mit dem Begriff Dritte industrielle Revolution umschrieben. Im politischen Raum stehen allein Bündnis 90/Die Grünen konsequent für diesen Ansatz. Mit einer Reihe von wirtschaftspolitischen Initiativen hat sich die Partei systematisch dieser Frage gestellt. Der zu Anfang der Legislaturperiode gestartete Diskussionsprozess zur Grünen Marktwirtschaft hat die Grünen auf die Aufgabe vorbereitet, die Antwort auf die zentrale wirtschaftspolitische Frage der nächsten Legislaturperiode zu geben. Mit dem Grünen New Deal wurde dann auf dem Parteitag im November 2008 die Transformation der Marktwirtschaft hin zu einer ökologischen Marktwirtschaft als die in der Wirtschaftskrise liegende Chance begriffen. Klimakrise und Wirtschaftskrise werden konsequent zusammengedacht. Konkrete Konversionsvorstellungen sind entwickelt worden für die Automobilwirtschaft (enthalten im „Green Car“-Konzept) und für die Energiewirtschaft (im Energiekonzept der Bundestagsfraktion Energie 2.0). Die Beiträge von Renate Künast und Jürgen Trittin „Der Blaumann muss grün werden“ bzw. von Fritz Kuhn zu „1 Million neue Jobs“ sind Zeugen einer industriepolitischen Strategie, die konsequent die Wertschöpfungsbasis erneuern will. In allen anderen Parteien gibt es Ansätze, die in diese Richtung gehen, am stärksten in Form der ökologischen Industriepolitik, wie sie Sigmar Gabriel formuliert, aber leider nicht realisiert hat, weil sie mit der Interessenpolitik der SPD für Energie- und Automobilkonzerne in Widerspruch steht. In den tagespolitischen Prioritäten – zentral zum Ausdruck gebracht am Beispiel der Abwrackprämie – gibt es keine andere Partei, die tatsächlich dem ökologischen Umbau der Marktwirtschaft die Bedeutung beimessen würde, die ihm jetzt als Ausweg aus der Krise gebührt und die angesichts der klimapolitischen Herausforderung keinerlei Aufschub duldet. Hier haben Bündnis 90/Die Grünen eine Führungsaufgabe für die gesamte Parteienlandschaft.

Nimmt man alle drei Teilfragen zusammen ergibt sich für die nächste Bundesregierung die historische Aufgabe, eine grundlegende Neuausrichtung der Marktwirtschaft zu vollziehen mit dem Ziel, die Marktwirtschaft nach einer Dominanz kurzfristiger Renditemaximierung über eine konsequente Finanzmarktregulierung wieder an den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Menschen auszurichten, ihre Wertschöpfungsbasis über eine realistische und damit radikale Klima- und Umweltpolitik neu zu begründen und ihre soziale Fundierung zu stärken. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als einen Neustart unserer Wirtschaft für mehr Ökologie und Gerechtigkeit.

Wer soll das leisten? Ich sehe derzeit nur eine Konstellation für eine überzeugende Antwort auf die Wirtschaftskrise, nämlich eine ökologisch-soziale Koalition, weil der Bruch der Deutungshoheit und Gestaltungsmacht der Finanzlobby und die nötige Neujustierung des Sozialen weder mit Union noch mit FDP realisiert werden kann – schon mit Teilen SPD wird es schwierig sein. Allein die ökologische Frage könnte auch in anderen Konstellationen vorangetrieben werden, dann allerdings unter Vernachlässigung der anderen beiden Fragen und mit der Gefahr, dass gerade die Ökologisierung der Wirtschaft an der Dominanz kurzfristiger Renditemaximierung und an der sozialen Ungerechtigkeit scheitert.

Deshalb zeichnet sich als Reaktion auf die Finanzkrise gerade etwas ab, das ich selbst vor wenigen Monaten noch nicht für sinnvoll, für wahrscheinlich oder auch nur möglich gehalten hätte – ein Projekt für die nächste Legislatur, das inhaltlich klar umrissen ist und eine Chance auf eine politische Mehrheit hat. Der Grüne New Deal, den die Grünen im November als Antwort auf die Krise entworfen haben, wäre dieses Leitprojekt für eine ökologisch-soziale Regierung, für das und für die es sich zu kämpfen lohnt. Es wäre ein Gegenmodell für das Weiter so der Großen Koalition, ein Gegenmodell zur neoliberalen Renaissance mit schwarz-gelb. Und es ist die einzige Variante, die wirklich für einen Neuanfang als Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise steht.

Die Herausforderung für die beteiligten Parteien ist immens: Die Linke müsste – auch in ihrer Personalpolitik – klar auf Regierungskurs gehen und sich intern und mit ihren Wählerinnen und Wählern darüber verständigen, dass es nicht um leeres Fordern, sondern tatsächliches Verändern geht, dass das Zeitfenster genutzt werden muss. Dafür wird eine massive interne Auseinandersetzung nötig sein, die sich ja auch gerade schon im Konflikt um das Wahlprogramm abzeichnet. Dies gilt auch für die europäische Ebene. Mit einer anti-europäischen Linken wird ein Grüner New Deal nicht umsetzbar sein. Für alle drei Fragen wird eine der wichtigsten Handlungsebenen die europäische sein. Denn die wesentlichen Elemente der Wirtschaftsordnung werden heute de facto in Brüssel entschieden oder zumindest mitentschieden. Hier wird der neuen Bundesregierung eine bedeutende Rolle in der europäischen Willensbildung zukommen. Ganz konkret: Wir brauchen die – zugegebenermaßen unzureichenden – institutionellen Reformen, die der Lissaboner Vertrag bringt, wir brauchen veränderte Mehrheitsregeln und eine handlungsfähige Kommission, wenn wir solch weitreichende Änderungen in unserer Wirtschaftsordnung erreichen wollen.

Die SPD muss ihr Nein zu einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei revidieren und ihre Optionen um die einer ökologisch-sozialen Koalition erweitern. Das ist nicht einfach. Aber historische Situationen verlangen Führung, verlangen Konsequenz. Und die SPD muss ihr Verhältnis zur Finanzwirtschaft klären und sich eindeutig von deren Lobby-Einfluss distanzieren.

Beide Parteien müssen neben der Verteilungs- und Gerechtigkeitsfrage, auf die sie in der öffentlichen Wahrnehmung wie auch in ihrer eigenen Prioritätensetzung reduziert sind, auch die Wertschöpfungsfrage thematisieren. Das Festhalten an industriellen Alt-Strukturen ihrer Hauptwählerschaft ist die zentrale Hürde für eine Sicherung der industriellen Basis in Deutschland und damit zukunftsfähiger Beschäftigung. Gemeinsam mit den Gewerkschaften ist hier in großer Eile an der Frage nach der wirtschaftlichen Basis des zu verteilenden Wohlstands zu arbeiten. Dies nicht auszuklammern und nicht gegeneinander auszuspielen, ist das große Plus grüner Wirtschafts- und Finanzpolitik, das Grüne in eine solche Koalition einbringen würden. Denn die Beantwortung der Klimakrise und die Antwort auf die Frage, wo Wertschöpfung und Arbeitsplätze entstehen, fallen zusammen. SPD und Linkspartei müssen sich diesem Diskurs stellen und für eine grüne, Klima und Umwelt schonende Wirtschaft öffnen.

Für Bündnis 90/Die Grünen ist gerade wegen ihrer Verankerung in der bürgerrechtlichen Tradition des Widerstands gegen das SED-Regime die Zusammenarbeit mit der Linkspartei extrem schwierig. Es sind mit Ausnahme der Außenpolitik, die die Linkspartei an die Realitäten einer Regierungspartei anpassen müsste, weniger die programmatischen Unterschiede, als die mangelnde Aufarbeitung der Vergangenheit und die personelle Kontinuität als Nachfolgepartei der SED. Sprechen wir es offen an: Das Erbe des DDR-Regimes ist das eigentliche Problem für uns, nicht die Ablehnung der Nato. Denn während man über zweiteres nüchtern in einer Koalitionsverhandlung reden kann, kann das historische Erbe nicht wegverhandelt werden. Auch hier liegt eine historische Aufgabe – Schuld nicht zu vergessen und über die Opfer der Diktatur nicht hinwegzusehen. Die Lösung kann für mich aber nicht darin liegen, angesichts der Vergangenheit die Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft zu scheuen. Vielmehr wäre es angezeigt, die Auseinandersetzung der Linkspartei über ihre Vergangenheit konkret einzufordern, Bedingungen des Wandels und der Distanzierung von der Vergangenheit gegenüber der Linkspartei zu formulieren. Wahrscheinlich braucht die Linke gerade diese Herausforderung für einen Wandlungsprozess, den sie selbst bisher nicht geschafft hat.

Gelingt Parteien in der Demokratie eine solche Öffnung für ein Projekt, das gerade jetzt ansteht, mitten in einem Wahljahr? Ich befürchte nein. Und dennoch halte ich es für notwendig, genau dieses zu versuchen. Gerade wir Grünen, die wir mit dem Grünen New Deal die Blaupause für eine konsequente ökologisch-soziale Neuausrichtung unserer Wirtschaft formuliert haben, sind es unseren Zielen Ökologie und Gerechtigkeit schuldig. Die Uhr des Klimawandels tickt unerbittlich, die sozialen Folgen einer falschen Energie-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sind weltweit schon heute unübersehbar, die Frage, ob es eine solidarische Antwort auf die Wirtschaftskrise gibt, entscheidet sich jetzt, nicht 2013. Und das Zeitfenster für eine wirkliche Reformpolitik könnte sich bald wieder schließen. Das – und nichts anderes – ist die Begründung für eine ökologisch-soziale Koalition.